

osteuropa



Durchblick

Politik und Gesellschaft in Rumänien

osteuropa

69. JAHRGANG / HEFT 6–8 / 2019

Durchblick **Politik und Gesellschaft in Rumänien**

<i>Editorial</i>	Im Schatten der Aufmerksamkeit	5
<i>Jens Oliver Schmitt</i>	Hundert Jahre Einsamkeit Grundzüge der Geschichte Rumäniens	7
<i>Hans-Christian Maner</i>	Annäherung und Abgrenzung Selbstbild und Europabild in Rumänien	37
<i>Constantin Iordachi</i>	Demokratie in Rumänien Historische Wurzeln und jüngste Entwicklung	51
<i>Harald Roth</i>	Die deutsche Minderheit Geschichte und Gegenwart	63
<i>Mariana Hausleitner</i>	Rumänien und der Holocaust Ermordung, Rettung, Aufarbeitung	73
<i>Dragoş Petrescu</i>	Blutige Revolution, paradoxe Folgen Der Umsturz in Rumänien 1989 und sein Erbe	93
	<i>Rumänien 1989–2019</i> <i>Chronik der laufenden Ereignisse</i>	105
Politik, Wirtschaft und Gesellschaft		
<i>Reinhard Vesper</i>	Rumänische Konfliktschichten Der Fall Dragnea, die Politik und das Recht	113
<i>Gabor Hunya</i>	Marathon mit Stolpersteinen Wachstum und Wirtschaftspolitik in Rumänien	129
<i>Dietmar Müller</i>	Abschied vom „ewigen Bauern“ Landwirtschaft und ländlicher Raum	143

<i>Tamás Kiss</i>	Die Ungarn in Rumänien Demographie, rumänische Minderheitenpolitik und Budapester Nationspolitik	157
<i>Robert Santa</i>	Bevölkerung in Bewegung Migration, Demographie und die Folgen	169
<i>Sorina Cristina Soare</i>	Abgesang oder Neuanfang Über den Populismus in Rumänien	179
<i>Codru Vrabie</i>	Vorbeugen statt bekämpfen! Falscher Umgang mit Korruption in Rumänien	191
<i>Bogdan Iancu</i>	Rashomon in Bukarest Kampfzone Korruptionsbekämpfung	205
<i>Dan Lazea</i>	Dringend benötigt Rumänien und die Europäische Union	219
<i>Cristian Vasile</i>	Verkappte Staatskirche Die Orthodoxe Kirche und die Politik	231
<i>Sabina Fati</i>	Ziemlich beste Freunde Geheimdienste und Politik in Rumänien	243
<i>Cornel Micu</i>	Umkämpfte Öffentlichkeit Medien und Politik in Rumänien	251
<i>Joachim Pranzl</i>	Politisches Korrektiv Rumäniens Zivilgesellschaft	261
Musik, Literatur, Film		
<i>Armin Heinen</i>	Die Kunst des sarkastischen Realismus Der politische Witz in Rumänien	273
<i>Valentina Sandu-Dediu</i>	Nationale Schule und Neue Musik Rumänische Komponisten: ein Wegweiser	291
<i>Markus Bauer</i>	Spiegel der Veränderung Literatur und gesellschaftliche Umbrüche	305
<i>Claudia Spiridon Şerbu</i>	Gebannter Fluch Die Securitate im rumänischen Film	319
<i>Thomas M. Bohn Albert Weber</i>	Im Abseits Warum Rumänien ignoriert wird	325

Karten und Graphiken

Die römischen Zahlen bezeichnen den Einschub für Farbkarten

Rumänien: Physische Übersicht	Rückklappe
Rumänien in der Zwischenkriegszeit	I
Nationale Selbstzuschreibung bei der Volkszählung 2011	I
Ehemalige Siedlungsgebiete der deutschen Bevölkerung	I
Rumänien 1878–2019	I
Rumänien: Staatsgebiet im 20. Jahrhundert	I
Südosteuropa Ende des 15. Jahrhunderts	I
Südosteuropa um 1720	I
Südosteuropa 1910	I
Rumänische Parteien 1990–2019	II
Entwicklung der Wirtschaftskraft in Europa 2007–2016	III
Wirtschaftskraft in Europa 2017	III
Rumänien: Bevölkerungsveränderung 2000–2018	III
Rumänien: Wahlen zum Europäischen Parlament 2019	III
Rumänien: Präsidentschaftswahlen 2014	III
Rumänien: Regionale Wirtschaftskraft	III
Rumänien: Administrative Gliederung 2019	III
Medien in Rumänien I: Das Fernsehen 2019	IV
Medien in Rumänien II: Das Radio 2019	IV
Medien in Rumänien III: Nachrichtenportale 2019	IV
Medien in Rumänien IV: Tageszeitungen 2019	IV
Medien in Rumänien V: Mediengruppen und Eigentümer 2019	IV
Abstracts	341

Im Schatten der Aufmerksamkeit

In der deutschen Öffentlichkeit kommt Rumänien kaum vor. Daran hat selbst die EU-Ratspräsidentschaft nichts geändert, die das Land im ersten Halbjahr 2019 innehatte. Für Medien, Akademien der politischen Bildung oder Thinktanks ist Rumänien kein Thema. Größere Aufmerksamkeit genießen Ungarn, wo Viktor Orbán mit dem *Fidesz* eine liberale Autokratie errichtet hat, und Polen, wo die nationalkonservative PiS unter Lech Kaczyński nach ungarischem Vorbild eine konservative Revolution betreibt, die alle Bereiche von Gesellschaft und Staat erfasst hat. Dass die deutsche Öffentlichkeit mehr über Polen als über Rumänien weiß, hat mit der direkten Nachbarschaft und den engeren sozialen und wirtschaftlichen Verflechtungen zu tun. Doch vor allem ist die journalistische und wissenschaftliche Expertise größer. Alle Qualitätsmedien haben Korrespondenten in Warschau, was regelmäßige Berichterstattung, Analyse und Aufklärung garantiert. In Bukarest sitzt niemand . . .

Ob im öffentlichen Fokus oder nicht – Ungarn, Polen und Rumänien haben eines gemeinsam. Die Regierungen in Budapest, Warschau und Bukarest haben in den letzten Jahren die Unabhängigkeit der Justiz angegriffen. Sie haben damit Grundlagen der Europäischen Union in Frage gestellt. Die Europäische Kommission hat daraufhin Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen Polen und Ungarn eingeleitet und ein ebensolches der rumänischen Regierung angedroht. Das dient der Verteidigung des Rechts, der EU und der Idee des liberalen Verfassungsstaates. Im Raum steht die Frage, ob sich Rumänien in die Riege der illiberalen Staaten in Europa einreicht, welche die Prinzipien der liberalen Demokratie und der Offenen Gesellschaft außer Kraft setzen.

Grund genug für OSTEUROPA, in vergleichender Absicht Rumänien unter die Lupe zu nehmen.¹ Auf den ersten Blick sind die Parallelen mit Ungarn und Polen unverkennbar. Alle drei entstanden nach dem Ersten Weltkrieg als Nationalstaaten. Jeweils etablierte sich in der Zwischenkriegszeit eine autoritäre Ordnung. Mit Hilfe der Roten Armee gelangten nach dem Zweiten Weltkrieg kommunistische Regime an die Macht, die erst 1989 überwunden wurden. Alle drei Länder begannen Anfang der 1990er Jahre einen tiefgreifenden Umbau von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Dieser ermöglichte ihnen, Mitglied im Europarat, in der NATO und der Europäischen Union zu werden. Millionen Polen, Ungarn und Rumänen leben und arbeiten in anderen Ländern der EU, vor allem in West- und Südeuropa.

Doch auf den zweiten Blick sind die Unterschiede erheblich. Während in Polen und Ungarn 1989 die Träger des alten Regimes und die Anhänger einer neuen Ordnung sich am Runden Tisch trafen und so einen gewaltfreien Übergang ermöglichten, kostete der Umbruch in Rumänien über 1100 Menschen das Leben. Von einer demokratischen Revolution konnte keine Rede sein, nach landesweiten Demonstrationen übernahmen kommunistische Funktionäre der zweiten Garde und Securitate-Agenten die Macht. Fast 90 Prozent der Opfer kamen erst nach dem eigentlichen Sturz des Diktators Nicolae Ceaușescu bei Schusswechseln ums Leben. Die Ereignisse wurden nie aufgearbeitet. Erst jetzt, drei Jahrzehnte später, muss sich Ceaușescus Nachfolger Ion Iliescu, vor Gericht verantworten. Ihm wird vorgeworfen, gezielt Unruhen geschürt zu haben.

¹ Zu Ungarn und Polen: Quo vadis, Hungaria? Kritik der ungarischen Vernunft. OSTEUROPA, 12/2011. – Gegen die Wand. Konservative Revolution in Polen. OSTEUROPA, 1–2/2016. – Unterm Messer. Der illiberale Staat in Ungarn und Polen. OSTEUROPA, 3–5/2018.

Seilschaften aus Geheimdienstlern retteten sich über die vermeintliche Zäsur von 1989 hinweg. Klientelistische Netzwerke der Rumänischen Kommunistischen Partei blieben intakt, ihre Kapillaren reichten bis in den ländlichen Raum. Das garantierte den unter verschiedenen Namen firmierenden Postkommunisten einen Wettbewerbsvorsprung gegenüber den anderen Parteien. Davon profitierte die *Partidul Social Democrat* (PSD) noch bei den Parlamentswahlen im Dezember 2016.

Diese Kontinuität verzögerte den Beginn der Wirtschaftsreformen, erschwerte den politischen Neuanfang und Rumäniens Weg in die Europäische Union. Während Polen und Ungarn im Mai 2004 der EU beitraten, war Rumänien nicht beitragsfähig. Zu sehr hinkte das Land beim Aufbau von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und leistungsfähigen Verwaltungsstrukturen hinterher. Während in Ungarn und Polen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit konsolidiert schienen, blieben sie in Rumänien stets prekär.

Doch heute hat sich die Lage verkehrt. In Warschau und Budapest wurde die Gewaltenteilung ausgehebelt und der Rechtsstaat unterhöhlt. Der *Fidesz* kontrolliert mittlerweile alle Machtzentren des Landes. In Polen stellt die PiS den Präsidenten, die Regierung, die Parlamentsmehrheit. In Rumänien aber sorgt ein Dauerkonflikt zwischen Regierung und Präsident für Konkurrenz, Pluralismus und politische Freiräume, in die neue Kräfte stoßen. Dazu gehört eine handlungsfähige Gesellschaft, die sich immer wieder politisch artikuliert, sowie neue Parteien wie etwa *Rettet Rumänien* (USR) und *Freiheit, Einigkeit und Solidarität* (PLUS).

Dieser verspätete Wandel ist in großem Maße der Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu verdanken. Um diese zu erlangen, mussten die gerade an die Macht zurückgekehrten Postkommunisten sich Anfang der 2000er Jahre auf Justizreformen einlassen. Deren Umsetzung überwacht die Europäische Kommission bis heute und ist damit ein wichtiger Verbündeter von Justiz und Zivilgesellschaft. Daher zeugten die massiven Angriffe der Regierung auf den Rechtsstaat nach dem Wahlsieg der PSD Ende 2016 von einer positiven Entwicklung in den Jahren zuvor: Sie sollten den Aufbau einer unabhängigen Justiz rückgängig machen, die im Kampf gegen die Korruption auch gegen Mächtige vorgeht. Richter und Staatsanwälte sind durch den Dauerstreit über die Justiz gegen ihren Willen in eine politische Rolle gedrängt worden.

Wie stark sich die Entwicklung in Rumänien von der in Polen und Ungarn unterscheidet zeigten zuletzt die Europawahlen im Mai 2019. Während der *Fidesz* und die PiS nach Kampagnen gegen Brüssel gewannen, haben die rumänischen Wählerinnen und Wähler die seit Jahrzehnten dominierende politische Klasse abgestraft und ein proeuropäisches Signal gesendet, das die EU in Zeiten nationalpopulistischer Agitation von rechts und links gut gebrauchen kann. Ob dies mehr als eine Momentaufnahme ist und sich in dieser Wahl tektonische Verschiebungen entladen haben, darüber geben die Studien über Politik und Wirtschaft, Geschichte und Gesellschaft, Kultur und Nation in diesem Band Auskunft.

Im November 2019 wählt Rumänien einen neuen Präsidenten. Wenn der vorliegende Band einen Beitrag dazu leistet, dass dem Land zwischen Donau und Pruth mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird, dann hat er eine Funktion bereits erfüllt.

Er wäre nicht möglich gewesen ohne die großzügige Förderung durch das Literaturnetzwerk TRADUKI und die Universität Wien.

Mariana Hausleitner

Rumänien und der Holocaust

Ermordung, Rettung, Aufarbeitung

Rumänische Politiker, Historiker und Journalisten forderten in den 1990er Jahren, den „Staatsführer“ der Jahre 1940 bis 1944 zu rehabilitieren. Ion Antonescu war 1946 als Kriegsverbrecher hingerichtet worden. Nun betonten einige Historiker, Antonescu habe 1942 die in Rumänien lebenden Juden nicht an die SS ausgeliefert. Doch er hatte nach dem Angriff auf die Sowjetunion Anfang Juli 1941 die Juden aus dem zurückeroberten Bessarabien und der Bukowina Richtung Osten deportieren lassen. Zehntausende waren dabei umgekommen. Nach Einrichtung des Gouvernements Transnistrien in dem zwischen Dnjestr und Bug gelegenen Gebiet ermordeten die rumänischen Besatzer dort über hunderttausend Juden. Eine breitere wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesen Gewaltexzessen hat in Rumänien erst nach 2005 begonnen.

In Westeuropa reagierten viele Beobachter erstaunt, als der rumänische Senat 1991 Ion Antonescu zum 45. Jahrestag seiner Hinrichtung mit einer Schweigeminute ehrte. In Bukarest verließen nur einige Vertreter der ungarischen Minderheit unter Protest den Raum. Diese Zeremonie wiederholte sich im Senat im Jahr 1999. In den 1990er Jahren galt Rumäniens einstiger Führer vielen rumänischen Politikern und Historikern als der wichtigste Kämpfer ihres Landes gegen den Bolschewismus. In einer Flut von Schriften wurde er positiv dargestellt. Renommiertere Historiker wie Dinu C. Giurescu wehrten sich dagegen, dass der rumänischen Armee für die Zeit von 1941–1942 Massenverbrechen angelastet wurden. Giurescu kannte die im Ausland publizierten Arbeiten über rumänische Kriegsverbrechen, denn er hatte zwischen 1988 und 1990 in den USA gelebt. Zurück in Bukarest wurde er Mitglied der Rumänischen Akademie der Wissenschaften. In einem Standardwerk zum Zweiten Weltkrieg schrieb er 1999, die Mehrheit der rumänischen Juden hätte aufgrund der guten Beziehungen von Antonescu zu Hitler überlebt, während die etwa 138 000 Juden aus Nordsiebenbürgen, das Rumänien im Jahr 1940 an Ungarn abtreten musste, größtenteils in Auschwitz ermordet wurden. Für Rumänien nannte Giurescu 108 711 jüdische Opfer, wie sie in offiziellen Akten zu finden waren.¹

Die Schätzungen von Historikern wie Raul Hilberg und Radu Ioanid hält Giurescu für viel zu hoch. Hilberg hatte in seinem monumentalen Werk *Die Vernichtung der europäischen Juden* geschrieben, dass neben Deutschland kein anderer Staat so tief in

Mariana Hausleitner (1950), PD Dr. phil., Historikerin, Berlin

Von Mariana Hausleitner erschien in OSTEUROPA: Der Pakt, die Sowjetisierung und die Folgen. Bessarabien und die Nordbukowina 1940–1941, in: OE, 7–8/2009, S. 203–218.

¹ Dinu C. Giurescu: România în al doilea război mondial. București 1999, S. 149.

Massaker an Juden verstrickt gewesen sei wie Rumänien. Er bezog sich vor allem auf die mindestens 150 000 ukrainischen Juden, die im rumänischen Besatzungsgebiet zwischen Bug und Dnjestr ermordet worden waren.² Radu Ioanid, ein Historiker des *United States Holocaust Memorial Museum* (USHMM), hatte 1997 nach der Auswertung von Akten aus Archiven der ehemaligen Sowjetunion eine Zahl von mindestens 250 000 Juden angegeben, die auf Anordnung rumänischer Militärbehörden umgebracht worden waren.³

Giurescu bezeichnete es als „große Ungehörigkeit“, die Rumänen kollektiv zu beschuldigen, Verbrechen verübt zu haben, die bestimmte Individuen oder Einheiten begangen hatten. Das rumänische Volk sei 42 Jahre lang Opfer der brutalen kommunistischen Herrschaft gewesen.⁴ Während er einerseits die kollektive Beschuldigung ablehnte, erklärte er andererseits alle Rumänen zu Opfern. Dabei waren noch im Jahr 1988 15,8 Prozent der Bevölkerung Mitglied der *Kommunistischen Partei*, mehr als in jedem anderen ost- und ostmitteleuropäischen Staat.⁵

Der rumänische Antisemitismus vor 1941

Die Massenverbrechen an Juden fanden 1941 vor allem im Nordosten Rumäniens statt, wo vor dem Holocaust relativ viele Juden lebten: In der Bukowina stellten sie 10,8 Prozent der Bevölkerung und in Bessarabien 7,2 Prozent. Im Landesdurchschnitt hatten sie 1930 einen Anteil von vier Prozent an der Gesamtbevölkerung. Mit 728 115 Personen stellten sie die drittgrößte jüdische Gruppe in Europa.⁶

Nach dem Ersten Weltkrieg hatte Rumänien durch die Pariser Friedensverträge 1919 sein Staatsgebiet verdoppeln können, jedoch nur unter der Auflage, alle Juden einzubürgerern. Im Altreich, also in jenem Territorium, das vor 1918 Rumänien bildete, waren die Juden zuvor mehrheitlich Staatenlose gewesen. Dagegen waren sie in Siebenbürgen und der Bukowina, die zum Habsburger Reich gehört hatten, seit 1867 gleichberechtigt und daher in allen Berufssparten vertreten gewesen.

Der rumänische Ministerpräsident Ion I.C. Brătianu hatte die Auflagen der Friedenskonferenz als Eingriff in die Souveränität des Landes bezeichnet und war im September 1919 erbost aus Paris abgereist. Die nächste Regierung unterschrieb unter dem Druck eines Ultimatums den Vertrag zum Schutz aller nationalen Minderheiten, der auch die Klausel zur Einbürgerung der Juden enthielt. Diese Bestimmung wurde in die rumänische Verfassung von 1923 aufgenommen.⁷ In den 1920er Jahren protestierten vor allem rumänische Studenten gegen die Gleichberechtigung der Juden, weil diese sich nun auch auf staatliche Stellen bewerben konnten. Die 1923 vom Hochschullehrer Alexandru C. Cuza gegründete „Liga zur National-Christlichen Verteidigung“ hatte bis 1930 nur wenige Anhänger, besonders in den Städten hatte sie keinen Zulauf.

² Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. Bd. 2. Frankfurt/Main 1990, S. 812.

³ Radu Ioanid: *Evreii sub regimul Antonescu*. București 1997, S. 398.

⁴ Giurescu, *România* [Fn. 1], S. 168.

⁵ Richard Starr: *Communist Regimes in Eastern Europe*. Stanford 1988, S. 195.

⁶ Hildrun Glass: *Zerbrochene Nachbarschaft. Das deutsch-jüdische Verhältnis in Rumänien (1918–1938)*. München 1996, S. 25, 48 und 55.

⁷ Mariana Hausleitner: *Die Rumänisierung der Bukowina. Die Durchsetzung des nationalstaatlichen Anspruchs Großrumäniens 1918–1944*. München 2001, S. 112–114. – Carol Iancu: *L'Emancipation des Juifs de Roumanie 1913–1919*. Montpellier 1992, S. 285–298.

Nach der Halbierung des Getreidepreises während der Weltwirtschaftskrise glaubten jedoch viele Bauern den Agitatoren, dass die Juden sie mit Börsenspekulationen ruinieren würden.

1930 waren 80 Prozent der Bevölkerung Rumäniens Bauern. Nur 57 Prozent der Bewohner über sieben Jahre konnten lesen und schreiben.⁸ Das wichtigste Anliegen der Bauern war eine Agrarreform, die nach langem Tauziehen 1921 verabschiedet wurde. Deren Umsetzung zog sich jedoch viele Jahre hin. Die verbreitete Unzufriedenheit führte zu einer instabilen Lage: Zwischen Anfang 1919 und Dezember 1937 gab es 24 verschiedene Koalitionsregierungen. Durch die Zerschlagung des Großgrundbesitzes konnte Rumänien nicht mehr so viel Getreide wie zuvor exportieren. Die Industrie entwickelte sich trotz der staatlichen Förderprogramme nur sehr langsam.

Aufgrund der territorialen Gewinne von 1919 hatte Rumänien zwei Nachbarstaaten mit Revisionsansprüchen: Ungarn und Bulgarien. Die rumänischen Politiker unterstützten daher die Bildung der Kleinen Entente mit Jugoslawien und der Tschechoslowakei, deren Grenzen Ungarn ebenfalls nicht anerkannte. Die rumänische Armee bezog ihre Ausrüstung aus der Tschechoslowakei und Frankreich.

Bis Mitte der 1930er Jahre hatte Rumänien nur wenige Handelskontakte mit Deutschland. Ab 1938 wuchs der rumänische Export ins Deutsche Reich. Dort stieg die Nachfrage nach Getreide, Holz und Erdöl besonders durch die territoriale Expansion und die Vergrößerung der Wehrmacht. Berlin strebte eine enge wirtschaftliche Verflechtung mit Rumänien an.⁹ Dies sollte durch die 1935 von Octavian Goga und Alexandru C. Cuza gebildete *National-Christliche Partei* gesichert werden. Diese antisemitische Partei erhielt finanzielle Unterstützung aus dem Deutschen Reich. König Carol II. beauftragte sie im Dezember 1937 mit der Regierungsbildung, obwohl sie bei den Wahlen nur neun Prozent der Wählerstimmen errungen hatte. Um Anhänger zu gewinnen, versprach diese Regierung den Rumänen Aufstiegschancen durch die Entmachtung der Juden. Als ersten Schritt dekretierte sie im Januar 1938 die Überprüfung der Staatsbürgerschaftsrechte. Ministerpräsident Octavian Goga behauptete, seit den 1920er Jahren seien aus Russland und Ungarn über eine halbe Million Juden eingewandert und hätten sich auf illegale Weise rumänische Papiere verschafft.¹⁰

Die von Goga geführte Regierung musste auf Druck aus Frankreich, wo die einflussreiche *Alliance Israélite Universelle* ein Eingreifen gefordert hatte, nach 44 Tagen zurücktreten. Doch die rumänischen Behörden entzogen weiter Juden die Staatsbürgerschaft, da diese nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist nachweisen konnten, dass sie vor 1918 auf dem späteren Staatsgebiet Großrumäniens ansässig gewesen waren. Der Justizminister gab im November 1939 bekannt, dass 26,5 Prozent der Juden ihre Staatsbürgerschaft verloren hätten. Die meisten Betroffenen lebten in Bessarabien und der Bukowina.¹¹ In diesen beiden 1918 angeschlossenen Gebieten stellten die Juden einen sehr großen Anteil der Stadtbewohner. Sie waren im Handel und unter den Unternehmern stark vertreten. Die zumeist russisch-, jiddisch- oder deutschsprachigen

⁸ Lucian Boia: *De ce este România altfel?* București 2012, S. 48.

⁹ Florian Banu: *Asalt asupra economiei României de la Solagra la SOVROM 1936–1956.* București 2004, S. 27–29.

¹⁰ Interview mit Goga, in: *Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden (VEJ)*, Bd. 13, Slowakei, Rumänien, Bulgarien. Bearbeitet von Mariana Hausleitner, Souzana Hazan, Barbara Huzelmann. Berlin 2018, Dok. 122, S. 329–332.

¹¹ Lya Benjamin (Hg.): *Evreii din România între anii 1940–1944*, vol. 1. București 1993, S. 35.

Juden wurden nun von der staatlichen Propaganda als Fremdkörper dargestellt, der die Herausbildung einer rumänischen Mittelschicht behindere.

Dem König war es gelungen, die beiden zuvor regierenden Parteien zu schwächen, indem er den Führern von abgespaltenen Gruppen Ministerposten anbot. Carol II. konnte im Februar 1938 das Parlament durch eine korporative Vertretung ersetzen. Er regierte weitgehend autoritär. Seit dem 9. August 1940 galt ein Gesetz, das Ehen zwischen Juden und Nichtjuden verbot. Die Juden wurden in drei Kategorien eingeteilt. Gewisse Privilegien erhielten die Familien jener Juden aus dem Altreich, die in den Kriegen von 1877, 1913 und im Weltkrieg auf der Seite Rumäniens gekämpft hatten. Die Juden aus den 1918 erworbenen Gebieten wurden aus sehr vielen Berufssparten ausgeschlossen.¹² Die Restriktionen betrafen etwa die Hälfte der Juden, es handelte sich um jene, deren Muttersprache zumeist nicht Rumänisch war. Die Maßnahmen wurden als Stärkung des Rumänentums propagiert.

Mit den antisemitischen Maßnahmen versuchte der König der faschistischen Eisernen Garde den Wind aus den Segeln zu nehmen, die vor allem von jungen Leuten unterstützt wurde. Ihre Führer hatten sich 1927 von Cuzas antisemitischer „Liga“ abgespalten. Die Garde schreckte vor Terror gegen Juden und all jene, denen sie anlastete, Juden zu unterstützen, nicht zurück. Ihr junger Anführer Corneliu Zelea Codreanu, der sich als Verteidiger christlicher Werte darstellte, hatte 1924 den Polizeipräsidenten von Iași erschossen. Der König ließ ihn unter einem Vorwand im April 1938 verhaften. Während eines Gefangenentransports wurde Codreanu im November von den Wachen ermordet. Offiziell hieß es, er sei bei einem Fluchtversuch erschossen worden.¹³

Carol II. zerschlug die Organisationsstrukturen der Eisernen Garde und übernahm gleichzeitig immer stärker ihre Ideologie. Nun behauptete die Regierung, die Juden hätten insgeheim den Kommunismus unterstützt. Dieser Vorwurf wog ab 1940 besonders schwer, als Rumänien zwei Gebiete an die Sowjetunion abtreten musste, die seit 1918 zu Großrumänien gehört hatten. Im Geheimen Zusatzabkommen zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt („Hitler-Stalin-Pakt“), den die Außenminister Joachim von Ribbentrop und Wjačeslav Molotov am 23. August 1939 unterzeichneten, waren Bessarabien und „weitere Gebiete“ der sowjetischen Einflussphäre zugeordnet worden.¹⁴ Ende Juni 1940 verlangte Molotov von der rumänischen Regierung den Abzug ihrer Verwaltung aus Bessarabien und der Nordbukowina innerhalb von 24 Stunden. Der Rückzug der rumänischen Armee erfolgte unter chaotischen Bedingungen. Da Einheiten der Roten Armee einige strategisch wichtige Orte sehr schnell einnahmen, ließen manche Vorgesetzte ihre Marschkolonnen zurück und brachten sich in Sicherheit. Viele Soldaten, die aus den preisgegebenen Gebieten stammten, desertierten. Dass deren Zahl so hoch war und so viel Ausrüstung zurückgelassen wurde, führten die Offiziere danach auf Angriffe von Juden zurück. Tatsächlich hatte es nur einige Übergriffe und Schmähungen der flüchtenden Offiziere gegeben, an denen in Bessarabien nicht nur junge Juden, sondern auch Teile der slawischen Be-

¹² VEJ, Bd. 13 [Fn. 10], Dok. 136, S. 356–360.

¹³ Oliver Jens Schmitt: Căpitan Codreanu. Aufstieg und Fall des rumänischen Faschistenführers. Wien 2016.

¹⁴ Mariana Hausleitner: Der Pakt, die Sowjetisierung und die Folgen. Bessarabien und die Nordbukowina 1940–1941, in: Manfred Sapper, Volker Weichsel (Hg.): Der Hitler-Stalin-Pakt. Der Krieg und die europäische Erinnerung. Berlin 2009 [= OSTEUROPA, 7–8/2009], S. 203–218.

völkerung beteiligt waren. Zudem hob die gleichgeschaltete Presse hervor, dass einige tausend Juden, die in Rumänien durch das Rassegesetz arbeitslos geworden waren, nun die Gelegenheit nutzten, um in die von der Sowjetunion besetzten Gebiete zu ziehen. Im Sommer 1940 kam es zu ersten Pogromen. Angehörige abgezogener Militäreinheiten brachten im Sommer 1940 in der Grenzstadt Dorohoi 50 und in Galați über 400 Juden um.¹⁵

Gleichzeitig flohen Zehntausende Rumänen aus den von der Sowjetunion okkupierten Gebieten in das verkleinerte Rumänien. Dort wurden Juden aus allen staatlichen Stellen entlassen, ihre Immobilien enteignet. Die freigewordenen Stellen erhielten vor allem Rumänen, die nach 1918 als Staatsangestellte aus Altrumänien in die Bukowina und nach Bessarabien abgeordnet worden waren, auch die enteigneten Häuser und Wohnungen wurden an Flüchtlinge vergeben.

Angesichts der als nationale Katastrophe empfundenen Gebietsverluste akzeptierte Carol II. im Juli 1940 drei Minister der Eisernen Garde. Gleichzeitig versuchte er, zur Abwehr ungarischer und bulgarischer Gebietsansprüche dem Dreimächtepakt beizutreten, den das Deutsche Reich 1940 mit Japan und Italien geschlossen hatte. Hitler verlangte jedoch, dass sich Rumänien zuvor mit Ungarn und Bulgarien über die strittigen Gebiete einigt. Da die ungarisch-rumänische Kommission kein Einvernehmen erzielen konnte, fällten der deutsche und der italienische Außenminister den Zweiten Wiener Schiedsspruch: Rumänien verlor am 30. August 1940 Nordsiebenbürgen an Ungarn. Auch trat Rumänien die Süddobrukscha an Bulgarien ab und vereinbarte einen Bevölkerungsaustausch mit Sofia.

Am 4. September 1940 ernannte Carol II. nach Unruhen General Ion Antonescu zum Ministerpräsidenten. Dieser konnte nur gemeinsam mit der Eisernen Garde regieren, die Carol II. für die großen Gebietsverluste verantwortlich machte und einen Thronverzicht verlangte. Um die Monarchie zu retten, dankte Carol zugunsten seines 19-jährigen Sohnes Mihai ab. Als die Eiserne Garde im Januar 1941 versuchte, die Alleinherrschaft zu übernehmen, stützte die Armee Antonescu, daraufhin setzte auch Hitler auf den General, der Putsch scheiterte. Während des Putsches der Garde wurden in Bukarest jüdische Läden geplündert und 125 Juden ermordet. Nachdem Antonescu sich durchgesetzt hatte, ging er noch schärfer gegen Juden vor. So ließ er deren gesamten ländlichen Besitz enteignen. Schon im Februar 1941 erklärte er, dass auch der wirtschaftliche Einfluss der Griechen und Armenier in Rumänien beendet werden müsse.¹⁶ Ab Juli 1941 mussten alle jungen jüdischen Männer Zwangsarbeit leisten, in manchen Regionen wurden später auch ältere Männer und Frauen dazu herangezogen. Diese Bestimmungen blieben bis zum 30. August 1944 in Kraft.

Die Massenverbrechen der rumänischen Armee 1941

Am 12. Juni 1941 weihte Hitler Antonescu als ersten ausländischen Staatsmann in seinen Plan ein, die Sowjetunion anzugreifen. Der Überfall sollte auch von rumänischem Territorium ausgehen. Antonescu erklärte, die rumänische Armee werde sich an der

¹⁵ Radu Ioanid: *The Holocaust in Romania. The Destruction of Jews and Gypsies Under the Antonescu Regime 1940–1944*. Chicago 2000, S. 61.

¹⁶ Armin Heinen: *Rumänien, der Holocaust und die Logik der Gewalt*. München 2007, S. 56–57.

Rückeroberung Bessarabiens und der Nordbukowina beteiligen. Über die Juden wurde nur kurz gesprochen, Antonescu erklärte, die Grenzgebiete sollten homogen werden, die Juden daher im Laufe des Krieges nach Osten vertrieben werden.¹⁷

Nach dem Treffen mit Hitler befahl Antonescu, alle Juden aus dem Aufmarschgebiet der rumänischen und deutschen Einheiten im Nordosten Rumäniens über die Grenze nach Osten zu vertreiben. Der Kommandant der Garnison Jassy (rumänisch: Iași) konnte die etwa 50 000 Juden aus der Stadt nicht abtransportieren, alle Züge waren zum Transport von Soldaten an die Front eingesetzt. Am 29. Juni 1941 befahl er allen jüdischen Männern der Stadt, zur Überprüfung ihrer Papiere in das Polizeipräsidium zu kommen. Tausende wurden auf dem Hof des Gebäudes zusammengetrieben. Als einige entlassen wurden, begannen deutsche Soldaten auf sie zu schießen. Viele Juden wollten in Panik flüchten, daraufhin schossen auch Rumänen auf sie. Schon während der Verhaftungen hatten rumänische Soldaten und Zivilisten begonnen, jüdische Geschäfte zu plündern. Dabei wurden viele Juden ermordet. Nach dem Massaker im Polizeipräsidium, bei dem etwa 3000 Juden ermordet wurden, verlor die rumänische Gendarmerie die Überlebenden in Viehwagen. Ein Zug fuhr sechs Tage bei glühender Hitze durchs Land, über 2000 Juden kamen in den Waggons um. Nur in der Stadt Roman half Viorica Agarici vom Rumänischen Roten Kreuz den Deportierten. Als dort ein Zug hielt, setzte sie bei den militärischen Befehlshabern durch, dass die Lebenden gepflegt und die Toten aus den Waggons geborgen und bestattet werden durften. Anderswo wagte niemand zu helfen, weil in der rumänischen Presse am 1. Juli eine Stellungnahme des Präsidenten des Ministerrates erschienen war, in der dieser erklärte, in Jassy sei auf deutsche und rumänische Soldaten geschossen worden, woraufhin 500 „Judeo-Kommunisten“ exekutiert worden seien.¹⁸

Da auch nach dem 29. Juni einige Soldaten eigenmächtig die Kasernen verließen, um bei Juden zu plündern, drohte General Antonescu den Soldaten harte Strafen an. Am 4. Juli ließ er verkünden:

Das jüdische Volk hat das rumänische ausgesaugt, in Armut gestürzt, ausgezehrt und es über Jahrhunderte in seiner Entwicklung gehemmt. Es ist unbestreitbar notwendig, sich dieser Geißel zu entledigen, doch nur die Regierung ist berechtigt, die dazu notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Derzeit erfolgen diese Maßnahmen nach von mir festzulegenden Richtlinien und werden entsprechend umgesetzt.¹⁹

Am 2. Juli begann der Angriff zweier rumänischer Armeen und der deutschen 11. Armee auf die 1940 von der Sowjetunion besetzten Gebiete. Nach kurzem Widerstand zog sich die Rote Armee aus Bessarabien zurück. Im Juli rückten deutsche und rumänische Einheiten schnell vor und erreichten das Gebiet der Sowjetukraine. Hinter der Frontlinie begannen rumänische Gendarmen, das Gebiet von „suspekten Personen zu säubern“: Die Juden wurden in Richtung des Dnjestr getrieben, der zwischen 1918 und 1940 die Grenze zur Sowjetukraine gewesen war. Wer bei den Fußmärschen nicht Schritt halten konnte, wurde erschossen. In den provisorischen Lagern gab es

¹⁷ Hildrun Glass: Deutschland und die Verfolgung der Juden im rumänischen Machtbereich 1940–1944. München 2014, S. S. 100–101.

¹⁸ Dokumente zum Massaker vgl. VEJ, Bd. 13 [Fn. 10], S. 386–403.

¹⁹ Zit. n. VEJ, Bd. 13 [Fn. 10], Dok. 159, S. 391.

keine Verpflegung, schnell breiteten sich Mangelkrankheiten aus. Zwischen 45 000 und 60 000 Menschen starben. Auch die Einsatzgruppe D der Sicherheitspolizei und des SD mordete in dem Gebiet, so etwa in Bălți (russ: Bel'cy/ dt. Belz) und Chişinău (Kişinev).²⁰

Am 27. Juli überschritten die Truppen den Dnjestr und stießen im August bis zum Bug vor. Am 30. August 1941 schlossen Brigadegeneral Tătăreanu und Generalmajor Hauffe in Tighina eine Vereinbarung. Die rumänische Gendarmerie sollte die Kontrolle in dem Gebiet zwischen Dnjestr und Bug übernehmen, Getreide und Vieh aus diesem Raum sollte an die rumänischen und deutschen Einheiten an der Ostfront geliefert werden. Über die 130 000 Juden dieses Gebiets hieß es:

Abschub der Juden über den Bug ist zurzeit nicht möglich. Sie müssen daher in Konzentrationslagern zusammengefasst und zur Arbeit eingesetzt werden, bis nach Abschluss der Operationen ein Abschub nach Osten möglich ist.²¹

Im Oktober 1941 deportierte die rumänische Gendarmerie die überlebenden Juden aus Bessarabien und der Bukowina in das rumänische Besatzungsgebiet, das als Gouvernement Transnistrien bezeichnet wurde. Nur in Czernowitz durfte ein Teil der Juden zurückbleiben, der als wirtschaftlich nützlich befunden worden war. Für den Verbleib der 20 000 Juden hatten sich der rumänische Bürgermeister Traian Popovici und der deutsche Konsul Fritz Schellhorn eingesetzt. Da Ion Antonescu Schellhorn persönlich kannte, stimmte er dem Vorschlag zu.²²

Bis zum 16. Oktober 1941 fanden noch erbitterte Kämpfe zwischen rumänischen Truppen, die von Teilen der 11. Armee der Wehrmacht verstärkt wurden, und der Sowjetarmee um den strategisch wichtigen Hafen von Odessa statt. Am 22. Oktober kamen 60 rumänische und deutsche Armeeangehörige, unter ihnen der kommandierende General des Frontabschnittes, bei einer Bombenexplosion ums Leben. Die Bombe war im ehemaligen Sitz des sowjetischen Geheimdienstes NKVD zurückgelassen worden. Hier hatten die Besatzer ihre militärische Kommandozentrale eingerichtet. Ion Antonescu befahl daraufhin telefonisch, als Vergeltung für jeden getöteten rumänischen Offizier „200 Kommunisten“ und für jeden Soldaten „100 Kommunisten“ zu erschießen. Gleichzeitig sollte aus jeder jüdischen Familie eine Person als Geisel festgenommen werden. Die rumänischen Besatzer verhafteten im jüdischen Stadtteil von Odessa etwa 20 000 Männer, Frauen und Kinder. Sie wurden an den Stadtrand getrieben. Viele wurden hier erschossen, andere später in Lagerräumen eingeschlossen und bei lebendigem Leib verbrannt.²³ In den Katakomben unter der Stadt hielten sich noch Partisanen versteckt, die nachts aktiv wurden. Da sie nicht gefasst werden konnten, befahl der zum Marschall beförderte Antonescu die Vertreibung aller Juden aus Odessa. Dabei starben Ende 1941 Zehntausende Juden, entweder als sie bei eisiger Kälte in offenen Wagen transportiert wurden oder als sie danach in provisorischen

²⁰ Andrej Angrick: Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941–1943. Hamburg 2003, S. 164–190.

²¹ Zit n. Die Vereinbarung von Tighina, in: Wolfgang Benz, Brigitte Mihok (Hg.): Holocaust an der Peripherie. Judenpolitik und Judenmord in Rumänien und Transnistrien 1940–1944. Berlin 2009, S. 248.

²² Ioanid, The Holocaust [Fn. 15], S. 150–168.

²³ S.Ja. Borovoj: Gibel' evrejskogo naselenija Odessy vo vremija rumynskoj okkupacii, in: S.Ja. Elisavetskij (Hg.): Katastrofa i opir ukrajins'koho evrejstva (1941–1944) narysy z istoriji Holokostu i Oporu v Ukrajinu. Katastrofa i soprotivlenie ukrainskogo evrejstva. Kyjiv 1999, S. 118–153.

Unterkünften vegetieren mussten. Als sich unter den Deportierten eine Typhusepidemie ausbreitete, wurde Marschall Antonescu darüber informiert. Er gab dem Gouverneur des Besatzungsgebietes am 16. Dezember die Empfehlung: „Lasst sie sterben.“²⁴ Damit sich die Epidemie nicht in den umliegenden Dörfern ausbreitete, gingen die rumänischen Gendarmen zu Massenerschießungen über. Daran beteiligte sich auch eine bewaffnete Gruppe der deutschen Minderheit, die nördlich von Odessa lebte. Die Volksdeutsche Mittelstelle hatte aus Berlin durchgesetzt, dass die Kolonisten dort ein autonomes Gebiet erhielten. Als Zehntausende Deportierte aus Odessa in dieses Gebiet getrieben wurden, kam eine sogenannte „Selbstschutz“-Einheit zum Einsatz.²⁵ Nach Dezember 1941 starben in den provisorischen Ghettos von Transnistrien weiterhin Zehntausende Deportierte aus Bessarabien und der Bukowina. Es gab kaum Verpflegung, in den überfüllten Unterkünften breiteten sich Mangelkrankheiten wie Typhus aus. Erst im April 1942 veranlasste der rumänische Militärarzt Constantin Chirilă eine gründliche Reinigung des größten Ghettos in Mogilev, wodurch die Epidemie eingedämmt wurde. Dieser Arzt stellte auch den Kontakt zur jüdischen Hilfskommission in Bukarest her, die dann Medikamente nach Transnistrien schicken durfte.²⁶



München, 12. Juni 1941: Adolf Hitler begrüßt Ion Antonescu bei dessen Ankunft in München. © Narodowe Archiwum Cyfrowe, Warschau

²⁴ Zit. VEJ, Bd. 7, Sowjetunion und annektierte Gebiete I. Bearbeitet von Bert Hoppe und Hildrun Glass. München 2011, S. 67.

²⁵ Angrick, Besatzungspolitik [Fn. 20], S. 283–294.

²⁶ Jean Ancel: Transnistria, vol. 3. Bucureşti 1998, S. 90–91.

In Bukarest lebten damals etwa 100 000 Juden, und ihr Sprecher Wilhelm Filderman wurde seit Sommer 1941 vom Staatsführer nicht mehr wie zuvor zu Audienzen zugelassen. Filderman appellierte im Oktober 1941 mehrmals schriftlich an Ion Antonescu, keine Unschuldigen in den Tod zu treiben. Der General antwortete ihm am 19. Oktober in einem Offenen Brief, der in der rumänischen Presse erschien. Antonescu rechtfertigte die Massendeportation der Juden aus Bessarabien und der Bukowina damit, dass es jene Juden gewesen wären, die im Sommer 1940 die abziehenden rumänischen Truppen angegriffen hätten. Sie hätten während der sowjetischen Besatzung viele Rumänen denunziert, woraufhin diese deportiert worden seien.²⁷

Eine andere Rechtfertigung der Massendeportation bestand darin, ethnisch homogene rumänische Gebiete schaffen zu wollen. Sabin Manuilă, der Direktor des *Zentralinstituts für Statistik*, legte Ion Antonescu Mitte Oktober 1941 einen Plan vor, wie außer den Juden schrittweise auch die über 1,5 Millionen Ukrainer, Russen und Serben aus Rumänien vertrieben werden könnten. An ihrer Stelle sollten Rumänen aus der Ukraine und dem ehemaligen Jugoslawien „repatriert“ werden.²⁸

Der Versuch, ein rumänisches Unternehmertum zu etablieren, misslang. Die Chance, ehemals jüdische Betriebe und Läden günstig pachten zu können, zog viele Hasardeure an, die sich Einrichtungen und Vorräte aneigneten. Diese Schicht wurde in der Bukowina im Volksmund „Kalifornier“ genannt, nach den Goldsuchern, die schnell reich werden wollten.²⁹ Diese Zugezogenen übten aber Druck aus, und so wurden im Juni 1942 noch einmal etwa 4500 Juden aus Czernowitz deportiert. In jenem Sommer vertrieb die Gendarmerie auch 24 686 Roma nach Transnistrien, über die Hälfte waren Kinder. Dort kamen durch Mangelkrankheiten etwa 11 000 der Vertriebenen um.³⁰

Schrittweise Abkehr von der Vernichtungspolitik

Auf der Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942 wurde auch die Vernichtung der in Rumänien verbliebenen Juden beschlossen. Im Juli 1942 ließ Gustav Richter, der deutsche Berater zu Judenfragen in Bukarest, den rumänischen Außenminister seine Zustimmung zu deren Auslieferung unterzeichnen. Der rumänische Außenminister Mihai Antonescu verlangte nur, dass die Deutsche Reichsbahn den Transport bezahlen und durchführen sollte. Am 26. September berief das Reichssicherheitshauptamt in Berlin eine Konferenz ein, um einen Fahrplan für die Züge in das Vernichtungslager Belzec zu erstellen. Doch kein Vertreter aus Rumänien erschien. Mihai Antonescu teilte am 13. Oktober dem Ministerrat mit, dass vorläufig keine Deportationen stattfinden würden. Angesichts der breiten Mobilisierung für die Front würden die jüdischen Arbeitskräfte in Rumänien noch gebraucht.³¹

²⁷ VEJ, Bd. 13 [Fn. 10], S. 407–409.

²⁸ Viorel Achim: The Romanian Population Exchange Project Elaborated by Sabin Manuilă, in: *Annali dell’Istituto storico italo-germanico*, in: Trento, 27/2001, S. 593–617.

²⁹ Stefan Cristian Ionescu: „Californian“ Colonists versus Local Profiteers? In: *Yad Vashem Studies*, 44/2016, S. 121–142.

³⁰ Brigitte Mihok: Der „einseitige Transfer“. Die Deportation rumänischer Roma 1942–1944. Zum Forschungsstand, in: Benz, *Holocaust an der Peripherie* [Fn. 21], S. 173–186.

³¹ VEJ, Bd. 13 [Fn. 10], Dok. 197, S. 451.

Weder Ion Antonescu noch sein Stellvertreter Mihai Antonescu äußerten sich im Herbst 1942 eindeutig zu dieser wichtigen Wende. Hier sollen nur die drei wichtigsten Gründe benannt werden, die den verbliebenen etwa 280 000 Juden das Leben retteten. Der Deportationsplan war am 8. August 1942 im deutschsprachigen *Bukarester Tagblatt* unter der Überschrift „Rumänien wird judenrein“ publiziert worden.³² Kurt Welkisch, der in der deutschen Gesandtschaft für die Presse verantwortlich war, hatte diesen Artikel dort lanciert, um die Juden zu warnen. Er war Antifaschist und hatte sich beim Auswärtigen Dienst beworben, um für den sowjetischen Geheimdienst Informationen zu sammeln.³³ Die teilweise deutschsprachigen Juden aus dem im Westen Rumäniens gelegenen Banat, die als erste deportiert werden sollten, erfuhren von dem Artikel. Sie setzten alle Hebel in Bewegung, um ihre Deportation zu verhindern. Unterschiedliche Personen intervenierten bei der politischen Führung Rumäniens. Nur drei seien exemplarisch erwähnt. Baron Franz von Neumann, ein konvertierter Jude, dessen Banater Textilwerke auch die rumänische Armee belieferten, spendete eine hohe Summe zum Bau eines Heims für Kriegsversehrte in Bukarest, dessen Errichtung Ion Antonescus Ehefrau initiiert hatte.³⁴ Iuliu Maniu, der Führer der Bauernpartei, sprach am 23. August zwei Stunden lang mit Marschall Antonescu. Davon berichtete er kurz darauf René de Weck, dem Schweizer Gesandten in Bukarest. Maniu sagte, er habe den Marschall darauf hingewiesen, dass aus Ungarn keine Juden in deutsche Lager deportiert wurden und daher im Falle eines Siegs der Alliierten Nordsiebenbürgen für Rumänien endgültig verloren sei.³⁵ Cordell Hull, der US-Außenminister, drohte am 13. September ebenfalls mit harten Konsequenzen.³⁶

Ein anderer Grund war, dass die SS die Deportationen durchführen sollte. Der nach Bukarest geschickte Polizeiatnaché Horst Böhme forderte die Akkreditierung weiterer SS-Leute, wurde jedoch hingehalten. Marschall Antonescu war gegenüber der SS misstrauisch, denn einige ihrer Angehörigen hatten im Januar 1941 den Putschversuch der Eisernen Garde gegen ihn unterstützt.

Im September 1942 war Ion Antonescu krank und sein Außenminister Mihai Antonescu stieß beim Treffen mit Hitler und Ribbentrop am 23. September auf kein Entgegenkommen bei zwei für Rumänien wichtigen Fragen. Er klagte, nur ein kleiner Teil der vereinbarten Ausrüstung für die rumänischen Einheiten vor Stalingrad sei geliefert worden, obwohl Rumänien große Mengen an Getreide und Erdöl nach Deutschland exportiert habe. Auch der Vorschlag für ein eigenes Kommando der rumänischen Einheiten stieß beim Oberkommando der Wehrmacht auf taube Ohren.³⁷

Das bereits angespannte deutsch-rumänische Verhältnis wurde Ende 1942 weiter schwer belastet, da Hitler auch den rumänischen Einheiten bei Stalingrad einen Rückzug untersagt hatte. Sie wurden eingekesselt und danach aufgerieben oder gefangen genommen. Nun mussten in Rumänien neue Einheiten für den Fronteinsatz ausgerüstet werden. Am 12. Dezember teilte Manfred von Killinger, der deutsche Gesandte in

³² VEJ, Bd. 13 [Fn. 10], Dok. 183, S. 424–426.

³³ Glass, Deutschland und die Verfolgung der Juden [Fn. 17], S. 227.

³⁴ Hilberg, Die Vernichtung [Fn. 2], Bd. 2, S. 846–847.

³⁵ René de Weck: Jurnal. București 2000, S. 145.

³⁶ Dennis Deletant: Aliatul uitat a lui Hitler. Ion Antonescu și regimul său 1940–1944. București 2008, S. 227.

³⁷ Ion Calafeteanu: Români la Hitler. București 1999, S. 134.

Bukarest, empört mit, dass die rumänische Regierung über 75 000 Juden gegen Bezahlung nach Palästina ausreisen lassen wolle. Er schrieb:

Nach meiner Meinung will Marschall Antonescu zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Er will einerseits für ihn sehr notwendige 16 Milliarden Lei herauschlagen und andererseits einen großen Teil Juden, die ihm innenpolitische Schwierigkeiten machen, auf bequeme Art loswerden.³⁸

Erst am 20. April 1943 begründete Marschall Antonescu seine Abkehr von der Vernichtungspolitik vor Wirtschaftsfachleuten so:

Wir sind ein kleines Land, kein großes wie Deutschland. Ich kämpfe, um den Krieg zu gewinnen. Es kann aber geschehen, dass die Demokratien ihn gewinnen. Und wir wissen, was Demokratie heißt: nämlich Judeokratie. Und wie könnte ich die nächsten Generationen des Volkes dem Risiko aussetzen, dass sie bestraft werden, weil durch meine Verfügung die Juden aus dem Land gebracht wurden?³⁹

Da das Deutsche Reich die Emigration von Juden nach Palästina als potenzielle Verstärkung des Feindes prinzipiell ablehnte, bemühten sich zwei Delegierte des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz/IKRK darum, in Rumänien zumindest die Emigration von 5000 Waisenkindern in Gang zu bringen. Die Waisenkinder, deren Eltern in Transnistrien umgekommen waren, wurden nun in einigen Ortschaften gesammelt und gepflegt. Zuvor waren sie bettelnd durch die Gegend gezogen, ihr Gesundheitszustand war entsprechend schlecht. Auch andere Deportierte wurden seit 1943 in Suppenküchen notdürftig ernährt. Umfangreiche Hilfslieferungen wurden nun aus Bukarest an die Deportierten geschickt. Das *American Jewish Joint Distribution Committee* konnte dafür zwar kein Geld direkt an einen Feindesstaat überweisen, aber es gelangte über das IKRK zum Rumänischen Roten Kreuz.⁴⁰

1943 behinderte die SS die ersten Transporte jüdischer Emigranten, die über Bulgarien nach Palästina aufbrachen. Daher wurden Schiffe organisiert, die unter der Fahne des IKRK die 5000 Waisenkinder nach Istanbul und dann über den Landweg nach Palästina bringen sollten. Seit Januar 1944 stand dafür auch Geld des gerade gegründeten *US-War Refugee Board* zur Verfügung. Vertreter der Bukarester jüdischen Hilfskommission organisierten im Dezember 1943 die Repatriierung der ersten Deportierten aus Transnistrien. Um die Bedingungen für einen Sonderfrieden zu erkunden, traf Alexandru Cretzianu, der rumänische Gesandte in Ankara, sich insgeheim mit dem dortigen US-Botschafter Laurence Steinhardt. Der war jüdischer Herkunft und verlangte als ersten Schritt die sofortige Ausschiffung der jüdischen Waisenkinder. Bis zur Räumung Transnistriens im März 1944 kehrten etwa 2000 Waisenkinder nach Rumänien zurück. Von dort aus gelangten sie sicher nach Palästina. Dank der von der britischen Verwaltung ausgestellten 5000 Blanko-Einreisevisa fuhren auf den Schiffen nach Istanbul auch jüdische Flüchtlinge aus Ungarn mit, die wegen der drohenden

³⁸ VEJ, Bd. 13 [Fn. 10], Dok. 203, S. 462–463.

³⁹ Zitiert nach Lya Benjamin: Problema evreiească în stenogramele Consiliului de Miniștri. București 1996, S. 511.

⁴⁰ Mariana Hausleitner: Rolle einiger Frauen bei der Rettung von Juden in Rumänien 1941–1945, in: Eduard Nižnanský, Denisa Neštáková (Hg.): Women and World War II. Bratislava 2016, S. 50–68.

Deportationen nach Auschwitz ins Nachbarland Rumänien geflüchtet waren. Bis Marschall Antonescu auf Befehl von König Mihai am 23. August 1944 verhaftet wurde, waren fast 3000 Juden in Richtung Palästina abgereist. Viele weitere folgten bis Dezember 1944.⁴¹

Während aus dem seit 1940 zu Ungarn gehörenden Nordsiebenbürgen 1944 alle etwa 132 000 Juden nach Auschwitz deportiert worden waren, war die Bilanz in den Gebieten, die unter rumänischer Herrschaft gestanden hatten, weniger schlimm. In Alt-rumänien kamen beim Massaker in Jassy 14 000 Juden um, einige wenige deportierte Juden aus Südsiebenbürgen wurden in Transnistrien ermordet. 200 000 Juden aus anderen Städten und Gegenden des Altreichs wurden jedoch nicht deportiert, sie mussten „nur“ Zwangsarbeit leisten und verloren größtenteils ihr Eigentum. Von jenen Juden, die aus Bessarabien und der Bukowina – sowie den nahegelegenen Gebieten im Altreich – ins Gouvernement Transnistrien deportiert worden waren, hatte etwa ein Drittel überlebt. Ein rumänischer Historiker kommentierte dies ironisch 2018 so: „In diesem Fall hat die rumänische Unordnung gute Folgen gehabt oder etwas weniger schlimme als die großartige deutsche Ordnung.“⁴² Die Juden allerdings, die vor dem Einmarsch der rumänischen Armee östlich des Dnjestr gelebt hatten, sind nahezu alle umgekommen.

Das Verschweigen des Holocaust im Kommunismus

Rumänien stand nach dem Einmarsch der Roten Armee im August 1944 unter Aufsicht der Alliierten Kontrollkommission. Die Vertreter der Sowjetunion diktierten die Bedingungen des Waffenstillstandes und sorgten dafür, dass in Bukarest Prozesse gegen die Kriegsverbrecher stattfanden. Im Mai 1946 mussten sich Ion Antonescu, Außenminister Mihai Antonescu, der Gouverneur von Transnistrien, Gheorghe Alexianu, Kriegsminister Constantin Pantazi und andere vor dem Volkstribunal verantworten. Alle vier wurden am 1. Juni 1946 hingerichtet. Es folgten Prozesse gegen einige militärische Führer wegen der Massenmorde in Jassy, in Bessarabien, der Bukowina und in Transnistrien.

Bis 1947 erschienen Publikationen über den Mord an den rumänischen Juden. Besonders wichtig war das *Schwarzbuch über die Leiden der Juden in Rumänien*. Matatias Carp, der Sekretär der *Union Jüdischer Gemeinden*, hatte viele Dokumente zur Verfolgung der Juden in drei Bänden zusammengefasst. Der letzte Band erschien 1948 und verschwand bald darauf aus Buchhandlungen und Bibliotheken.⁴³

Hintergrund war, dass Stalin 1948 die Auslieferung der sowjetischen Ausgabe des *Schwarzbuchs* untersagte, das Il'ja Èrenburg und Vasilij Grossman erstellt hatten.⁴⁴ Ihnen wurde vorgeworfen, sie hätten die jüdischen Opfer in den Vordergrund gestellt, obwohl alle sowjetischen Bürger gelitten hätten. In der Sowjetunion verhaftete der NKVD unter abstrusen Vorwürfen die Führer des *Jüdischen Antifaschistischen Komitees*,

⁴¹ Dalia Ofer: *Escaping the Holocaust. Illegal Immigration to the Land of Israel 1939–1944*. New York 1990, S. 326–327.

⁴² Zitiert nach Boia, *De ce este România* [Fn. 8], S. 62.

⁴³ Matatias Carp: *Cartea neagră*. București 1996 (Neudruck).

⁴⁴ Wassili Grossman, Ilja Ehrenburg (Hg.): *Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden*. Reinbek 1994.

das in den Kriegsjahren in den USA Spendengelder gesammelt hatte. Zwölf von ihnen wurden im August 1952 als angebliche Spione erschossen. Mit Stalins Tod im März 1953 hatten die antisemitischen Anfeindungen ein Ende. Doch inzwischen waren in mehreren kommunistischen Staaten Juden als Spione verhaftet worden und – so etwa in der Tschechoslowakei – auch hingerichtet worden.⁴⁵

In Rumänien nutzte der Führer der Rumänischen Arbeiterpartei Gheorghe Gheorghiu-Dej die antisemitische Kampagne in der SU und ließ im Februar 1953 seine Konkurrentin, Außenministerin Ana Pauker verhaften. Sie war jüdischer Herkunft, ihr wurde zum Vorwurf gemacht, dass sie mit Israel Wirtschaftsverträge abgeschlossen hatte. Nach Stalins Tod wurde sie zwar im April 1953 freigelassen, aber viele rumänische Juden, die Pauker in einem Schauprozess belasten sollten, blieben inhaftiert. Besonders jene Zionisten, die nach 1945 mit Geld aus den USA die Emigration organisiert hatten, blieben als angebliche Spione in Haft. Sie wurden erst 1956 entlassen und nach Israel abgeschoben.⁴⁶ Andere Unterstützer der Juden waren noch vor dieser Amnestie im Gefängnis gestorben, etwa Iuliu Maniu, der 1942 zu ihren Gunsten interveniert hatte, sowie Ion C. Costinescu, der Direktor des Rumänischen Roten Kreuzes, der die Hilfsaktionen für die Deportierten in Transnistrien ermöglicht hatte. Da über diese Personen nicht mehr positiv berichtet werden konnte, schrieben die Historiker nichts über deren Interventionen und Hilfsaktionen für Juden.

In Rumänien mieden die Historiker bis in die 1960er Jahre fast alle Themen, die mit Bessarabien und der Nordbukowina zu tun hatten, denn beide Gebiete waren 1940–1941 auf der Grundlage des Hitler-Stalin-Pakts an die Sowjetunion gefallen und auch seit 1944 wieder sowjetisch. Im Bukarester Staatsarchiv waren Dokumente zu diesen Gebieten nicht zugänglich, in den Findbüchern war vermerkt, dass sie an sowjetische Archive abgegeben seien. In der Ceaușescu-Ära konnten einschlägige Bücher zur neueren Geschichte dieser Gebiete nur in einem Sonderlesesaal der Akademiebibliothek bestellt werden. Lediglich ausgewählte Parteikader schrieben Bücher etwa über das Pogrom von Jassy, das sie deutschen Faschisten und Mitgliedern der Eisernen Garde anlasteten. Statt die reale Zahl von über 14 000 Opfern zu nennen, wurde die Zahl der Ermordeten mit 3000 angegeben.⁴⁷

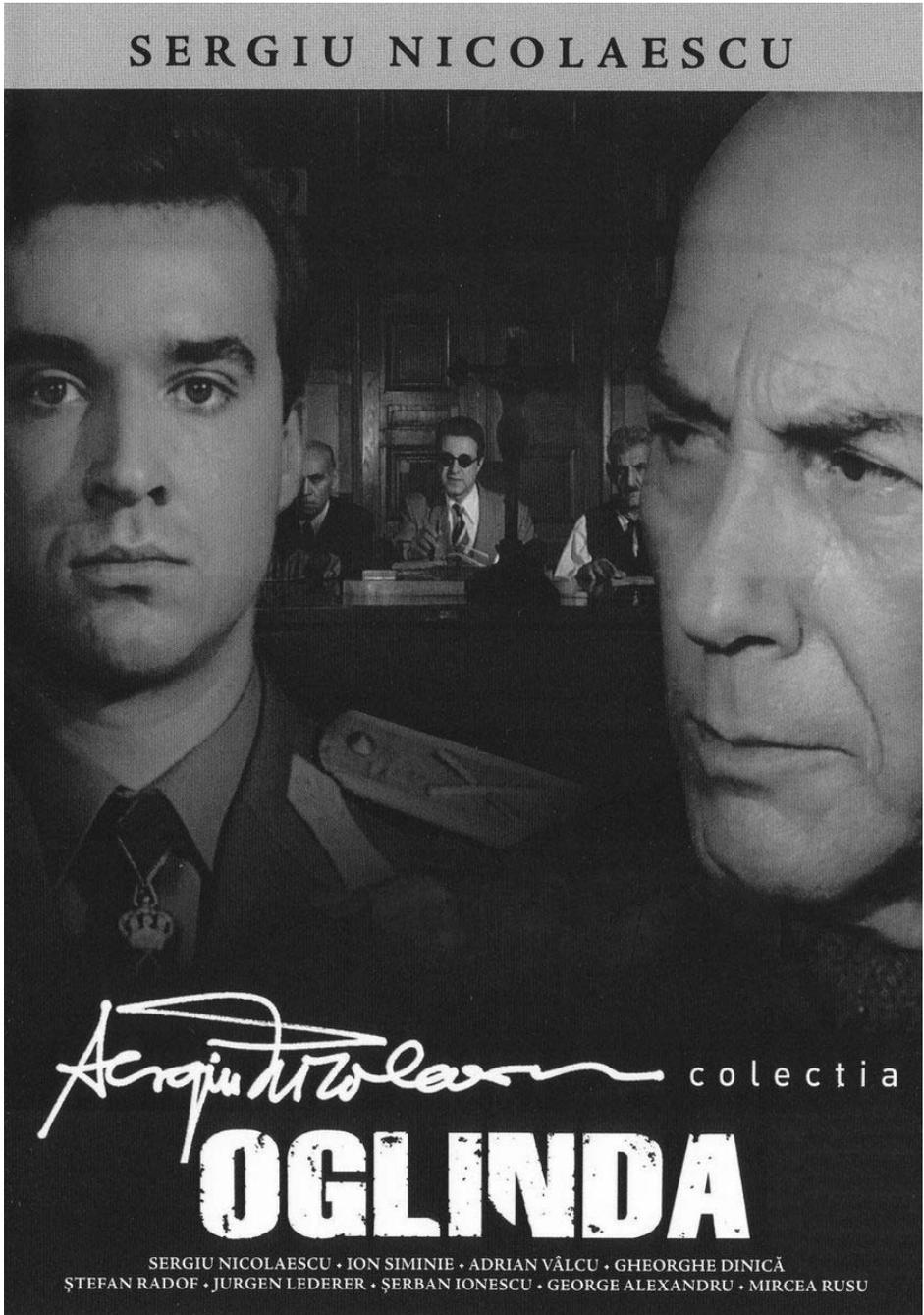
Seit Mitte der 1980er Jahre erschienen mehrere Bücher über die Vernichtung von etwa 132 000 Juden in Nordsiebenbürgen, das seit 1940 zu Ungarn gehört hatte. Diese Publikationen waren Instrumente im Konflikt mit der ungarischen Minderheit in Rumänien, die nach der Auflösung der ungarischen Autonomen Region 1968 nun wieder mehr Selbstbestimmung verlangte und Unterstützung von Emigranten aus den USA und indirekt auch aus Ungarn erhielt. Rumänische Nationalisten stellten nun die Ungarn als brutale Faschisten dar.⁴⁸ In einer Publikation war auch von einem großen Netz

⁴⁵ Alexander Borschtschagowski: Orden für einen Mord. Die Judenverfolgung unter Stalin. Berlin 1997. – Shimon Redlich: The Jewish Anti-Fascist Committee in the USSR, in: Leonid Luks (Hg.): Der Spätstalinismus und die jüdische Frage. Köln 1998, S. 53–68.

⁴⁶ Hiltrun Glass: Minderheit zwischen zwei Diktaturen. Zur Geschichte der Juden in Rumänien 1944–1949. München 2002, S. 294–300.

⁴⁷ Aurel Karetzki, Maria Covaci: Zile insăngerate la Iași (28–30 iunie 1941). București 1978, S. 105.

⁴⁸ Eine diese Publikationen gab der Verband der jüdischen Gemeinden Rumäniens heraus: Federation of Jewish Communities in the Socialist Republic of Romania (Hg.): Remember. 40 Years since the Massacre of the Jews from Northern Transylvania under Horthy Occupation. Bukarest 1985, S. 40–58.



Spieglein, Spieglein an der Wand ... Plakat zum Film „Der Spiegel“ von Sergiu Nicolaescu aus dem Jahr 1993, in dem Antonescu als unschuldiges Opfer dargestellt wird.

rumänischer Helfer die Rede, die Juden im Frühjahr 1944 vor der Deportation gerettet hätten. Der Kunsthistoriker Raoul Șorban aus Cluj (Klausenburg, Koloszvár) wurde als Mann ausgegeben, der die Flucht vieler Juden aus der Stadt organisiert habe. Zwar hatte er 1945 während seiner kurzen Haft keinen einzigen von ihm geretteten Juden benennen können. Nun behauptete er, Hunderte Juden gerettet zu haben, später sprach er von Tausenden. Ein Rabbiner, der sich 1944 in Sicherheit gebracht hatte, während seine Gemeinde in den Tod ging, unterstützte Șorban aus den USA. So gelang es Șorban sogar im Jahr 1986, von der Gedenkstätte in Yad Vashem als Judenretter und damit als „Gerechter unter den Völkern“ anerkannt zu werden. Randolph L. Braham, der wichtigste Forscher zur Judenverfolgung in Ungarn, warf der zuständigen Abteilung der Gedenkstätte vor, dass sie die Fälschung nicht durchschaut habe.⁴⁹ Erst 2003 konnte belegt werden, dass die rumänische Geheimpolizei Securitate Șorban mit Dokumenten ausgestattet hatte, die seine Geschichte belegen sollten.

Gleichzeitig wurde in Israel ernsthaft über den rumänischen Holocaust geforscht. Jean Ancel sammelte Dokumente aus Archiven in Israel, Deutschland, Rumänien und den USA und gab sie in zwölf Bänden heraus.⁵⁰ Er und Dora Litani werteten in Yad Vashem Interviews mit Überlebenden aus und publizierten viele Aufsätze. In den USA forschte vor allem Radu Ioanid am *United States Holocaust Memorial Museum* (USHMM) über den Holocaust in Rumänien. In den 1990er Jahren trug er viele neue Dokumente aus Archiven in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion zusammen. So wurde mehr über die Massenverbrechen rumänischer Täter an Juden in den Gebieten bekannt, die seit 1991 zur Republik Moldau und zur Ukraine gehörten. Neu waren auch Erkenntnisse über die Deportation der Roma, über die in Rumänien erst nach 1990 Publikationen erschienen.⁵¹

Vom Antonescu-Kult zum Beginn der Aufarbeitung

Unmittelbar nach dem Sturz Ceaușescus im Dezember 1989 kam ein Kult um Ion Antonescu auf. Er wurde vor allem von Historikern getragen, die wie etwa Gheorghe Buzatu zuvor über Kommunisten aus der Zwischenkriegszeit publiziert hatten. Buzatu leitete seit 1992 in Jassy das „Zentrum für europäische Geschichte und Zivilisation“, eine Zweigstelle der Rumänischen Akademie. Von 2000 bis 2003 vertrat er die *Großrumänien-Partei* (Partidul România Mare) im rumänischen Senat. Der Hochschullehrer gehörte zu den Gründern der „Liga zur Bekämpfung des Antirumänismus“, deren Hauptziel die Rehabilitierung Ion Antonescus war. In seinen Schriften führte er die Maßnahmen gegen Juden seit 1941 darauf zurück, dass diese die Vertreter des rumänischen Staates attackiert hätten. So schrieb er unter dem Titel „So begann der Holocaust gegen das rumänische Volk“ von Angriffen „der jüdischen Bevölkerung“ auf die rumänische Armee beim Rückzug aus Bessarabien und der Nordbukowina. Als Beleg zitierte er die Behauptungen der Militärführer, die den ungeordneten Rückzug

⁴⁹ Randolph L. Braham: *Romanian Nationalists and the Holocaust. The political Exploitation of unfounded rescue accounts.* New York 1998.

⁵⁰ Jean Ancel (Hg.): *Documents Concerning the Fate of Romanian Jewry during the Holocaust.* 12 Bde. New York 1985/1986.

⁵¹ Mit Unterstützung des USHMM wurde eine umfangreiche Dokumentation erstellt: Viorel Achim (Hg.): *Documente privind deportarea țiganilor în Transnistria*, vol. 1, 2. București 2004.

auf diese Weise gerechtfertigt hatten.⁵² Im Sommer 1941 diente die pauschale Anschuldigung als Begründung für die Massendeportation von Juden aus diesen Gebieten. Nun verfolgte die *Großrumänien-Partei* mit der Neuauflage der verzerrten Darstellung der Gebietsverluste neue Ziele.

Die 1991 gegründete *Großrumänien-Partei* forderte nicht zuletzt den Anschluss der mit dem Zerfall der Sowjetunion unabhängig gewordenen Republik Moldau (Moldova) an Rumänien. Diese bestand größtenteils aus dem Territorium Bessarabiens und war 1940 und erneut 1944 an die Sowjetunion gefallen. Nach dem Zerfall der UdSSR war das Moldauische – eigentlich das Rumänische – zur Amtssprache erklärt worden. Die *Großrumänien-Partei* unterstützte moldauische Irredentisten und unterstellte gleichzeitig in ihrer Zeitung *România Mare* der ungarischen Minderheit in Rumänien Irredentismus.

Ehemalige Unterstützer von Ceaușescu begannen auch deshalb, Ion Antonescu zu preisen, weil sie auf diese Weise jene politischen Kräfte ins Abseits drängen wollten, die den Kult um den General aufgebracht hatten. Als erste hatten nach 1990 die Veteranen des Ostfeldzuges den Staatsführer rehabilitieren wollen. Sie hatten nach 1942 einige Jahre in sowjetischen Lagern verbracht und wollten diese Jahre für ihre Renten anerkannt bekommen. Sie deklarierten aber nicht nur den Ostfeldzug zum Verteidigungskrieg, sondern forderten gleichzeitig die Öffnung der Securitate-Archive, um gegen die falschen Anschuldigungen vorgehen zu können, die den Urteilen gegen sie zugrunde gelegen hatten. An der Spitze der *Großrumänien-Partei* standen enge Vertraute von Ceaușescu wie Corneliu Vadim Tudor, die mit dem Antonescu-Kult von den kommunistischen Verbrechen ablenken wollten. Mit populistischen Versprechungen erlangte Tudor bei der Präsidentenwahl von 2000 im zweiten Wahlgang 33 Prozent der Wählerstimmen. Bis dahin hatte die *Großrumänien-Partei* die Gruppe um Ion Iliescu unterstützt, die sich als Sozialdemokraten ausgab. Diese strebte als Regierungspartei seit 2002 den Beitritt zur NATO an. In den USA wurde ihren Vertretern bedeutet, dass Rumänien zuvor die bestehenden Grenzen anerkennen und den Antonescu-Kult beenden müsse.⁵³

Um das außenpolitische Ziel erreichen zu können, musste Iliescu die Anhänger des Antonescu-Kultes schwächen, insbesondere die *Großrumänien-Partei*, die sich gegen eine Mitgliedschaft Rumäniens in der NATO und der EU stemmte. Daher beauftragte er im Jahr 2003 eine Internationale Historikerkommission, den rumänischen Holocaust zu untersuchen. Die Historiker aus Rumänien, Israel, den USA, Deutschland und Frankreich arbeiteten nur ein Jahr, in dem sie überwiegend die vorhandenen Forschungsergebnisse zusammentrugen. Sie konnten aber auch die Bestände des rumänischen Militärarchivs nutzen. Die Schätzung der Opferzahl im Endbericht der Kommission stammte vor allem von Jean Ancel aus Israel, der seit den 1980er Jahren alle Quellen über Massenverbrechen zusammengetragen hatte. Doch nur im Fall des Massakers in Jassy konnte die genaue Anzahl der Toten festgestellt werden, weil die Angehörigen bald nach dem Verbrechen genaue Listen erstellt hatten. Die Opferzahl betrug dort 14 850 Juden.⁵⁴ Im Fall der vielen Todesopfer aus Transnistrien gab es nur noch wenige Angehörige, viele der Überlebenden hatten zudem jene Gebiete verlassen, die erneut unter sowjetische Verwaltung gekommen waren. Für die 1941 zurückeroberten Provinzen Bessarabien und Nordbukowina sowie im Besatzungsgebiet Transnistrien

⁵² Gheorghe Buzatu: *Așa a început holocaustul împotriva poporului român*. București 1995, S. 13.

⁵³ Mariana Hausleitner: Die Auseinandersetzung mit dem Holocaust in Rumänien, in: Micha Brumlik, Karol Sauerland (Hg.): *Umdeuten, verschweigen, erinnern. Die späte Aufarbeitung des Holocaust in Rumänien*. Frankfurt/Main 2010, S. 71–90.

⁵⁴ Ioanid, *The Holocaust* [Fn. 14], S. 71–89.



2011 errichtetes Mahnmal für die Opfer des Pogroms in Iași. Im Hintergrund die einzige erhaltene Synagoge der Stadt.

hielten die Historiker in ihrem Abschlussbericht eine Schätzung zwischen 280 000 und 380 000 Todesopfern fest. Die Mehrheit starb infolge von Hunger und Mangelkrankheiten während und nach der Deportation.⁵⁵ Die genaue Opferzahl konnte auch deswegen nicht ermittelt werden, weil viele Bewohner der Randprovinzen vor dem Einmarsch der rumänischen und deutschen Truppen in die Sowjetunion geflohen waren. Die Kommission gab einige Empfehlungen, die größtenteils auch umgesetzt wurden. Seit 2005 ist der 9. Oktober Gedenktag für die Holocaustopfer in Rumänien. Er erinnert an den Beginn der Massendeportationen im Nordosten Rumäniens und wird bis heute an vielen Orten begangen. In Bukarest wurde 2005 das nationale *Elie Wiesel-Institut zum Studium des Holocaust in Rumänien* gegründet, wo viele Fortbildungskurse für Lehrer stattfinden. Auch wurde 2005 ein Schulbuch erstellt, das im Wahlfach Jüdische Geschichte an Gymnasien eingesetzt werden kann.⁵⁶ Hatten vor 2005 nur wenige Historiker in Rumänien über die Massenverbrechen geforscht – die meisten gehörten zum Forschungszentrum der Föderation jüdischer Gemeinden in Bukarest –, so gibt es seitdem staatliche Mittel für Forschung und Publikationen. Auch Dokumente zur Verfolgung der Roma konnten mit diesen Mitteln publiziert werden. Ein Historiker dokumentierte das Schicksal von Rumänen, die in der Antonescu-Ära nach Transnistrien deportiert wurden, weil sie den Wehrdienst aus religiösen Gründen verweigert hatten.⁵⁷ Bis 2007 empörten sich Nationalisten noch über den Bericht der Historikerkommission. Ein Richter rehabilitierte noch im Jahr 2006 einige als Kriegsverbrecher verurteilte Mitarbeiter von Ion Antonescu. Doch danach verschwanden die Antonescu-Büsten aus der Öffentlichkeit, die Straßen, die nach 1990 den Namen des Marschalls erhalten hatten, wurden erneut umbenannt. Im Zentrum von Bukarest wurde im Jahr 2009 ein Holocaust-Denkmal errichtet. Die Verfolgung der Juden wird nun öfter in Fernseh-Dokumentationen, in Spielfilmen und in der Literatur thematisiert. Zwar ist der Holocaust in der rumänischen Öffentlichkeit verglichen mit Deutschland kaum präsent, offener Antisemitismus und das Leugnen der Massenverbrechen stehen aber unter Strafe. Den zentralen Platz in der Erinnerungskultur nimmt jedoch die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus ein. Anders als in den 1990er Jahren ist kaum noch zu hören, dass Juden die wichtigsten Unterstützer des Kommunismus in Rumänien gewesen seien.



„Romarad“ vor dem Holocaust-Mahnmal in Bukarest.

⁵⁵ International Commission on the Holocaust in Romania, Final Report. București 2005, S. 382.

⁵⁶ Florin Petrescu: Istoria evreilor. Holocaustul. București 2005.

⁵⁷ Viorel Achim (Hg.): Politica regimului Antonescu față de cultele neoprotestante. Documente. București 2013.

159

- FOTOGRAFII REPREZENTÂND COLOANE DE
DEMONSTRANȚI, EFECTUATE ÎN ZIUA DE
17.12.1989 DE CĂTRE ORGANELE
SECURITĂȚII (FILAJ) -



Timișoara, 17.12.1989. Fotos aus einer Securitate-Akte